

Vom Feudalismus zur reformierten Unternehmenssteuer

Ueli Mäder

Wie sind die Einkommen, Vermögen und Steuern in der Schweiz entstanden? Waren die Kapitaleinkommen schon immer so privilegiert? Und der Reichtum so einseitig verteilt wie heute?

Die dreihundert Reichsten haben in der Schweiz im Corona-Jahr 2020 ihre Vermögen von 702 auf 707 Milliarden Franken erhöht. In den letzten zehn Jahren legten sie durchschnittlich 26 Milliarden Franken pro Jahr zu. 1989 kamen die hundert Reichsten auf 66 Milliarden Franken. Heute verfügen zwei Familien je/zusammen über 85 Milliarden Franken.¹ »Die Schere zwischen Arm und Reich wird sich weiter öffnen«, folgert Dirk Schütz.² Der Chefredaktor des Schweizer Wirtschaftsmagazins Bilanz ist kein Freund der Juso-Initiative. Er teilt aber einen wichtigen Befund, auf den das Bundesamt für Statistik³ und der Verteilungsbericht des Gewerkschaftsbundes⁴ hinweisen: Wenige private Steuerpflichtige verfügen in der Schweiz über immer mehr Nettovermögen.

Ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen besaßen 2017 über 42 Prozent der Reinvermögen, 1990 waren es 30 Prozent⁵. Mehr als die Hälfte der Steuerpflichtigen haben weniger als 1,5 Prozent. Das sind höchstens 50'000 Franken pro Haushalt. Ein Viertel aller Steuerpflichtigen besitzt überhaupt kein Vermögen. Gleichwohl fließen selbst im Corona-Jahr 2020 beträchtliche Dividenden⁶ an Begüterte. Die Börsenkurse haben sich laut dem Global Dividend Index 2020 nach Einbrüchen rasch erholt. Wie schon bei der Finanzkrise 2007/08.⁷

Adliges Selbstverständnis und bürgerliche Werte

Ganga Jey Aratnam erörtert in unserer früheren Studie über den Reichtum in der Schweiz⁸, wie Einkommen und Vermögen entstanden. Kriege und gewaltsame Aneignungen von Land und Gütern spielten eine wichtige Rolle. Die ländliche Bevölkerung entrichtete Pachtzinsen und Feudalabgaben. So etwa den Zehnt(en Teil) ihrer Ernten. Der Boden diente noch kaum der Spekulation. Wenige Privilegierte vereinten viel Reichtum und Macht. Soziale Ungleichheiten kennzeichneten das westliche Europa im 15. Jahrhundert. Der Adel dominierte bis in die Neuzeit. Die Geistlichkeit verfügte ebenfalls über enorme Besitztümer. Die Abstammung definierte, wer zu welchem Stand gehörte. Bis zum 18. Jahrhundert zählten ein bis zwei Prozent der europäischen Bevölkerung zum Adel, ein Fünftel zur Stadt- und der grosse Rest zur Landbevölkerung.

In der alten Eidgenossenschaft blieb der Geburtsadel allerdings begrenzt. Adelsfamilien entfalteten ihren Einfluss vornehmlich anderswo. In mehreren Städten entstand aus alteingesessenen Familien eine Art patrizische Oberschicht. Sie orientierte sich an adligem Selbstverständnis und bürgerlichen Werten. Bedienstete, Gefolgsleute und exklusive Clubs gehörten dazu. Diese Oberschicht erlebte ihren Aufstieg zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert. Sie verfügte, unterschiedlich ausgeprägt, über Villen und Ländereien. Stadtbürgerliche Rechte ermöglichten einträgliche politische Ämter. Hinzu kam das Geschäft mit Söldnern. Bern, Luzern und Schwyz profitierten bis ins 18. Jahrhundert davon. In Zürich hatten Zunfteliten viel Einfluss. Hier unterband die Reformation die Solddienste bereits im 16. Jahrhundert.

In Basel revoltierten Handwerker 1691 gegen die patrizische Vorherrschaft, die sich auch über strategische Heiraten verfestigte. Die politische Macht verlagerte sich vom Kleinen auf den Grossen Rat. Das Renommee alter Familien blieb jedoch über Napoleons Einmarsch (1798) hinaus bis ins 20. Jahrhundert bestehen. Bürger*innen bildeten in Bern das Pendant. Sie machten um 1900 noch vier Fünftel der Millionärs-Familien

aus.⁹ Trotz demokratischen Umwälzungen und modernem Bundesstaat. Immerhin erlangten auch einzelne Fachleute prominente Positionen. Die aufstrebende Wirtschaft benötigte sie im Handel, bei Finanzgeschäften und der Produktion von Textilien oder Uhren.

Transport- und Finanzdienste begünstigten die frühe Industrialisierung der Schweiz. Zusammen mit der Möglichkeit, aus Kolonien nützliche Rohstoffe zu erhalten. Schweizer Banken, Handelsgesellschaften und Kaufleute beteiligten sich am Geschäft. Das Fehlen eines absolutistisch bürokratischen Staates gewährte ihnen mehr wirtschaftliche Freiheiten. Sie profitierten von niedrigen Steuern, konnten Kapital anhäufen und investieren. Die Technisierung realisierte sich teilweise auf der Grundlage ländlicher Heimarbeit. Hugenott*innen und andere Flüchtlinge förderten mit ihrem Wissen wichtige Innovationen. In den mechanisierten Betrieben arbeiteten Werktätige doppelt so lang wie heute. Sie verarbeiteten auch Baumwolle, die Versklavte pflückten.

Im 20. Jahrhundert verdichteten Banken, Politik und exportorientierte Firmen ihre Netzwerke. Der Finanzsektor ging eher gestärkt aus dem Ersten Weltkrieg hervor. Banken kontrollierten nunmehr unternehmerische Investitionen. Dank wachsendem Kapitalmarkt avancierten auch Schweizer Konzerne zu bedeutenden Investoren im Ausland. Mit dem Globalisierungsschub der 1980er-Jahre orientierten sie sich stärker am angelsächsischen Neoliberalismus, der die Konkurrenz und Gewinne forciert. Aktionär*innen und Investor*innen dealten nun freimütiger mit (Beteiligungen an) Firmen. Sie beeinflussen auch Börsenkurse und Dividenden.

Von der Agrar- zur Industriegesellschaft

Grosse Ungleichheiten kennzeichneten die Agrargesellschaften. Mit der Industrialisierung konzentrierten sich die Einkommen. Und mit zunehmendem Wohlstand flachte die ungleiche Verteilung ab. So lautet eine gängige Annahme. Vergleichende Studien¹⁰ in zwanzig europäischen Ländern verweisen hinge-

gen darauf, wie erstens konzentrierte Einkommen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einbrachen, zweitens eine flachere Entwicklung in der Nachkriegszeit folgte und drittens von den 1980er-Jahren an die Topsaläre abhoben. Vornehmlich in angelsächsischen Ländern. Teilweise auch in der Schweiz, allerdings mit Abweichungen. Mit der Abkehr von der Agrargesellschaft erhöhten technologische Innovationen die Produktivität und die Löhne im industriellen Sektor. Auf den Ersten Weltkrieg folgten kaum Einbrüche in der Einkommenskonzentration. Die Schweiz stand, kriegsverschont, stabiler da als andere Länder.

Nach dem Zweiten Weltkrieg förderte das wirtschaftliche Wachstum einen beschränkten sozialen Ausgleich. Sozialstaatliche Leistungen trugen wesentlich dazu bei. Ungleiche Einkommen näherten sich an. Die rezessiven Einbrüche der 1970er-Jahre unterbrachen jedoch den Trend. Die obersten und untersten Einkommen drifteten etwas mehr auseinander. Die neoliberale Wetterlage verstärkte dann von den 1980er- und 1990er-Jahren an diese Entwicklung. Hauptsächlich bei den Vermögen. Der Gini-Koeffizient misst deren Verteilung. Wenn eine Person über das ganze Vermögen verfügt, ist der Koeffizient eins. Besitzen alle Personen gleich viel, ist er null. In der Schweiz liegt der Koeffizient bei den Vermögen über 0,8. Damit befinden wir uns weltweit auf einem der untersten Gleichheits-Ränge. Soweit der grobe Trend, den Ganga Jey Aratnam (ebd.) präzisiert und plausibilisiert.

Bei den Einkommen belegt die Schweiz mit einem Gini-Koeffizient von 0,3 einen durchschnittlichen Wert. Das weist die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) so aus. Die Kluft vergrösserte sich in den 1980er-Jahren zwischen den (partiell erfassten) höchsten und tiefsten Einkommen. Abgaben für (Sozial-)Versicherungen und Krankenkassen sowie steigende Mietkosten liessen dann in den 1990er-Jahren untere verfügbare Einkommen teilweise stagnieren. Die Kaufkraft sank und die Ungleichheit nahm bis heute leicht zu. Dies auch wegen Steuersenkungen und dem Anstieg hoher Einkommen. Die Finanzkrise schränkte zwar

nach 2007/08 einzelne Zugewinne und Boni ein. Doch die Begüterten sind seither noch reicher geworden. Und Mittel für Bildung, Gesundheit und Soziales verknappen sich. Trotzdem erlauben Kantone weitere Steuersenkungen.

Lebenslagen verbesserten sich in den letzten hundert Jahren gewiss in wichtigen Bereichen. Höhere Löhne, Produktivität, progressive Steuern und erkämpfte staatliche Leistungen förderten den sozialen Ausgleich. Seit den 1980er-Jahren sind jedoch teilweise gegenläufige Entwicklungen feststellbar. Managements und Verwaltungsräte sind eng liiert. Sie treiben ihre Einkommen und Entschädigungen in die Höhe. Zugewandte partizipieren am Erfolg und tragen den Boni-Kult mit. Vergütungen fliessen auch in Einrichtungen der Vorsorge oder über Abfindungen und Geschenke; nebst Kapitalgewinnen, zum Beispiel in Form von Aktiengewinnen an der Börse. Die Schweiz ist das einzige OECD-Land, das keine Steuern auf private Kapitalgewinne erhebt.

Bundessteuer auf Vermögen und Einkommen

Bei Vermögen stehen Geld- und Sachwerte sowie Beteiligungen im Vordergrund. Vermögen sind auch Potenziale der Macht. Sie helfen, eigene Interessen (gegen Widerstreben) zu verwirklichen. Als nützlich erweisen sich Netzwerke, Wissen und ökonomisches Kapital, das sich seit dem Übergang zur Geldwirtschaft einfacher erfassen lässt.

Die Eidgenossenschaft belangte Vermögen für spezielle Ausgaben schon im späten Mittelalter, allerdings örtlich unterschiedlich.¹¹ Sie war auch noch im 18. Jahrhundert ein loser Bund. Er bestand aus quasi souveränen Kleinstaaten. Französische Truppen vereinten diese zur Helvetischen Republik (1798-1803). Mit teilweise neuen Verwaltungseinheiten sowie einer einheitlichen Besteuerung; zumindest auf dem Papier (und bis 1803). Kantone nahmen die französischen Inspirationen aber später wieder auf. So etwa bei Handänderungs- und Erbschaftssteuern. Nach dem Wiener Kongress, der 1815 die inneren und äusseren Grenzen bestätigte, erhöhten sich zunächst Spannun-

gen zwischen vorwiegend liberalen, städtisch-reformierten und konservativen, ländlich-katholischen Kantonen. Letztere schmiedeten 1845 einen Sonderbund. Kriegerische Konflikte eskalierten. 1848 setzte sich dann ein liberaler, stärker zentralisierter und gleichwohl föderaler Bundesstaat durch, den es nun zu finanzieren galt. Der europäische Aufbruch initiierte den Bundesstaat mit, der (Grund-)Rechte für alle postulierte.

Die Bundesverfassung hob die Binnenzölle auf. Sie vereinheitlichte das Zahlungswesen und den Wirtschaftsraum. Die Industrialisierung beförderte zunächst private Verkehrsbetriebe. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB), teils mit Hilfe von Verstaatlichungen. Wasserkraftwerke kurbelten die Elektroenergie an. Aufstrebende Textil-, Maschinen- und chemische Industrien benötigten diese dringlich. In der Landwirtschaft dämmten günstige Importe den Getreideanbau zurück. Betriebe stellten mehr auf Milch- und Viehwirtschaft um. Im ersten Weltkrieg sicherte der Bund die Versorgung mit Lebensmitteln, Kohle und Stahl. Er verschuldete sich und erhob 1915 eine erste Kriegssteuer. So entstand die direkte Bundessteuer auf Vermögen und vermehrt (ab 1959 ganz) auf Einkommen. Ein Versuch, die Vermögen wieder stärker zu berücksichtigen, scheiterte 1922 (und 1977). Auf kantonaler Ebene rang sich Baselland 1928 als letzter eidgenössischer Stand zu einem allgemeinen Steuergesetz durch.¹²

Akkumulierte Einkünfte generieren Vermögen, die sich anlegen und vermehren lassen. Während Einkommen vornehmlich aus Geld bestehen, können Vermögen nebst Geld und Kapitalanlagen auch beständige Güter beinhalten, die Erträge und Zinsen abwerfen. So etwa bei Immobilien, die als Vorsorge bedeutend und steuerlich privilegiert sind. Wie ausländische Vermögen, die das Steuer-Paradies Schweiz anzieht. Der Schweizer Finanzplatz ist das wichtigste Offshore-Zentrum für private Vermögen. Er verwaltet über einen Viertel des weltweiten Aufkommens und verfügt über den höchsten Marktanteil.

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts stieg der Vermögensanteil der Reichsten am Gesamtvermögen in gut der Hälfte der

Schweizer Kantone. Seither vereint ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen über 40 Prozent der Vermögen. Das ist international ausserordentlich. Und zeigt sich ähnlich bei den obersten 10 Prozent. Als zentralen Antrieb für die zunehmend ungleichere Verteilung erwähnt Thomas Piketty (2020) die Tendenz von Kapitalgewinnen, die wirtschaftliche Wachstumsrate zu übertreffen. Wichtig sind auch steuerliche Privilegien.

Einzelne Kantone gewähren auch niedrige Steuern nach Aufwand. Diese gelten für ausländische Staatsangehörige, die in der Schweiz wohnen, ohne hier erwerbstätig zu sein. Als Grundlage dienen die Lebenshaltungskosten. Im Kanton Zürich schaffte die Stimmbevölkerung 2009 diese Pauschalsteuern ab. Die Kantone Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Baselland und Baselstadt folgten. Thurgau, St. Gallen, Luzern und Bern behielten sie leicht verschärft bei – im Sinne der veränderten Bundesgesetze über die Harmonisierung der direkten Steuern (2014) und über die direkte Bundessteuer (2016). Heute profitieren noch 4557 Personen von der Pauschalsteuer. Sie bezahlen mit insgesamt 821 Mio. Franken durchschnittlich weniger als 200'000 Franken pro Person.

Erbschaften steigen, Steuern sinken

Mit den angehäuften Vermögen nahmen in Westeuropa auch die Erbschaften zu.¹³ Vor allem seit den 1980er-Jahren. In der kriegsverschonten Schweiz stiegen sie schon vorher kontinuierlich an. Sie bilden mehr private Vermögen als die Ersparnisse. Das Gewicht der Erbschaften fiel, am privaten Vermögen gemessen, von 60 Prozent in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf 44 Prozent in den 1970er- und 1980er-Jahren. 2010 betrug der Anteil 50 Prozent und jetzt liegt er wieder nahe bei 60 Prozent.

Die Erbschaften sind, wie die Vermögen, sehr ungleich verteilt. Die Kantone bauten deren Besteuerung im 20. Jahrhundert zunächst aus, seit den 1980er-Jahren aber ab. Direkte Nachkommen und Ehepartner*innen sind heute in den meisten Kantonen davon befreit. Jeder zweite Vermögensfranken

ist bei uns geerbt. 1999 betrug die Erbschaften 36 Milliarden Franken, 2011 rund 66- und 2019 schon 95 Milliarden. Die durchschnittlichen Steuern sanken hingegen von 4,1 Rappen (1990) auf 1,4 Rappen (2019) pro geerbtem Franken. Der kantonale Steuerwettbewerb trug dazu bei.

Seit dem Nachkriegs-Boom steigen die Vermögen stärker als die Einkommen. Und die Erbschaften erhöhten sich von 5 Prozent (1975) auf 13 Prozent (2011) und schliesslich 17 Prozent (2019) des Volkseinkommens, das in der letzten Dekade um durchschnittlich 1,3 Prozent pro Jahr zulegte.¹⁴ Die privaten Vermögen hoben jährlich um 5 Prozent an. Weniger als 5 Prozent der Erbschaften und 20 Prozent der Schenkungen gehen an unter 40-jährige, fast 60 Prozent an über 60-jährige. Laut Piketty (ebd.) sind heutige Erbschaften eher gleichmässiger verteilt als vor hundert Jahren. In der Schweiz erhalten 10 Prozent der Erbenden drei Viertel der gesamten Erbschaften. Ein Drittel der Bevölkerung geht leer aus.

Unterschiedliche Sichtweisen

Studien zum Wohlstand bemühen oft unterschiedliche Referenzen. Die Schweiz hat laut Wirtschaftsprofessor Christoph Schaltegger (2014) die soziale Frage weitgehend gelöst. Der Sozialstaat sei zwar stets teurer geworden, aber wirkungsvoll. Die Einkommens- und Vermögensschere habe sich vor allem in angelsächsischen Ländern geöffnet, kaum jedoch in der Schweiz, die über eine hohe soziale Mobilität verfüge. Diese Sicht kontrastiert meine Ausführungen. Übereinstimmend anerkennt Christoph Schaltegger, wie bedeutend der Sozialstaat ist. Das zeigt sich gerade im Kontext von Corona. Umso irritierender sind jüngste Abbauversuche.

Spät baute die Schweiz die soziale Sicherung aus. Zuletzt 2005 mit der Mutterschaftsversicherung. Seither häufen sich Kürzungen. So etwa bei der Arbeitslosen- (ALV) und Invaliden-Versicherung (IV) sowie der Sozialhilfe. Seit 2005 bewegen sich die Anteile der gesamten Sozialausgaben (Leistungsquote) am Bruttoinlandprodukt um 20 Prozent. Und die Einnahmen

(Lastquote) betragen zwischen 2005 und 2018 recht konstant 25 Prozent.¹⁵ Sie liegen rund 20 Milliarden Franken (2018) über den Ausgaben, die zunehmend über Versicherungsbeiträge und Lohnprozente finanziert sind (2018: zu 76,7 Prozent). Die Beiträge, die die öffentliche Hand über progressive Steuern bezahlt, sind niedrig. 2018 betragen sie rund 13 Prozent, im Vorjahr (wegen höheren Kapitalbeträgen) noch weniger. Wichtig ist zudem die hohe Wertschöpfung sozialer Ausgaben, die über Konsumausgaben viele Arbeitsplätze »schaffen«. Renten »rentieren«. Sie sind aber vor allem wichtig, weil sie Existenzen sichern und Lebensqualität ermöglichen.

Eine weitere Kontroverse bezieht sich darauf, wie wir Vermögen berechnen. Beim steuerbaren Vermögen fehlen die Ansprüche an Pensionskassen. Das beeinflusst die Verteilung. Aber eigentlich handelt es sich bei diesen Geldern um keine frei verfügbaren Vermögen, sondern um aufgeschobene Löhne. Weitere Differenzen beziehen sich auf die Liegenschaften. Die Steuern vernachlässigen die effektiven Werte. Zum Marktwert berechnet, stiegen die ausgewiesenen Vermögen von rund einem Drittel der Haushalte an. Das schwächt die Ungleichverteilung leicht ab. Insgesamt ist die Ungleichheit bei den Vermögen also eher höher. Leider fehlen aber präzise Angaben just bei hohen Vermögen. Die Ungleichheit ist jedenfalls krass und demotivierend. Sie unterläuft selbst das viel gepriesene (zweispältige) Leistungspostulat.

Für James Breiding, Inhaber einer Investmentfirma, und Gerhard Schwarz, einst Direktor von Avenir Suisse, gehören soziale Ungleichheiten zu einer leistungsbereiten Gesellschaft. Die beiden Autoren beschreiben das »Wirtschaftswunder Schweiz«.¹⁶ Die kleine Schweiz sei über Bildung, Fleiss und Innovationen gross geworden. Zudem über politische Verbindlichkeit, gewiss. Diese beinhaltet wohl auch eine Verschwiegenheit, die zuweilen mit der Bereitschaft einhergeht, Gelder am Fiskus vorbeizuführen. Weiter zu betonen wären: ausländische Arbeitskräfte, günstige Rohstoff-Importe und das ausgeklügelte Wechselspiel zwischen Freihandel und Protektionismus. Die Schweiz legte einst viel Wert darauf, eigene Webstühle auf-

wändig zu mechanisieren, statt auf günstigere Textil-Importe zu setzen. Das förderte die frühe Industrialisierung und mehr Eigenständigkeit. Gleichwohl postuliert die Schweiz heute eine rigorose Liberalisierung der Märkte, die mächtige Player bevorzugen und arm gehaltene Länder benachteiligt.

Die Schweiz ist auf Rohstoffe und Absatzmärkte angewiesen. Ihr Handelsvolumen beläuft sich auf rund zwei Drittel des Bruttoinlandproduktes (BIP). Die Bilanz ist seit den 1990er-Jahren vorwiegend überschüssig, 2019 mit 36 Mrd. Franken. Ungerechte Preise tragen dazu bei. Während jene für industriell gefertigte Güter steigen, erhalten südliche Kontinente für ihre Rohstoffe und Primärgüter tendenziell weniger Erlös. Die Schweiz profitiert davon. Auch mit dem Transithandel. Zum Beispiel beim Kaffee. Ein Grossteil des Umsatzes läuft über die Schweiz. Der Weltmarktpreis beträgt rund 1,5 Franken pro Pfund. Die Produzierenden erhalten weniger als einen Drittel. Das sind etwa 5 Rappen pro Tasse Kaffee. So verschärfen sich soziale Gegensätze. Globalität im Sinne internationaler Solidarität würde hingegen einen fairen Austausch implizieren, der allen nützt. Besonders jenen, die stärker benachteiligt sind. John Rawls und andere politisch Liberale forderten das einst.

Paradigmenwechsel und Perspektiven

Nach dem Zweiten Weltkrieg brachte ein partnerschaftlicher Kompromiss einen beschränkten sozialen Ausgleich mit sich. Die materielle Lebenslage breiter Bevölkerungskreise verbesserte sich. Kapital und Arbeit galten als ebenbürtig. In den 1970er-Jahren folgten mit der deregulierten Globalisierung rezessive Einbrüche. 11 Prozent der Arbeitsplätze gingen verloren. Eine obligatorische Arbeitslosen-Versicherung (ALV) fehlte. Um die Krise und Arbeitslosigkeit einzudämmen, mussten rund 250'000 ausländische Arbeitskräfte und viele Frauen ihre Erwerbstätigkeit aufgeben. Seit den 1980er-Jahren überlagert ein finanzgetriebener Kapitalismus das (teilweise) national-liberale Verständnis. Das ist ein Paradigmenwechsel. Konzerne postulieren den freien Markt und dominieren den

Handel kartellartig. Das Kapital drängt offensiver dorthin, wo die Verwertung am höchsten ist. Seither nimmt erstens die strukturelle Erwerbslosigkeit zu. Zweitens halten Teile der nominell steigenden Löhne mit den Lebenshaltungskosten kaum Schritt. Drittens orientiert sich das System der sozialen Sicherheit einseitig an der Lohnarbeit. Und viertens öffnen sich bei den wachsenden Vermögen grosse Kluften.

Die Einkommensverteilung beschreibt, wie sich das gesamte Einkommen (personell) auf Individuen und Haushalte sowie (funktionell) auf Kapital und Arbeit aufgliedert.¹⁷ Je nach Quelle und Berechnung verändert sich das Bild. Historische Vergleiche über Jahrhunderte sind wegen fehlenden Daten müssig. Die verfügbaren Haushaltseinkommen weisen in den letzten drei Jahrzehnten eine relativ hohe Konstanz aus. Sozialstaatliche Leistungen tragen wesentlich dazu bei. Zugunommen hat indes die Schere bei den individuellen Erwerbseinkommen. Vor allem deshalb, weil die Topsaläre stark gestiegen sind. Gleichzeitig verfügen jene mit Topsalären auch über höhere Anteile an Kapitaleinkommen und Boni. (Kapitaleinkommen sind Entschädigungen an Kapitalgebende. Diese erhalten für das Geld, das sie ausleihen, Zinsen und Dividenden.) Und bei den unteren Einkommen gibt es mehr Teilzeitarbeit und prekäre Stundenlöhne. Die funktionelle (bzw. faktorielle) Einkommensverteilung verschob sich ebenfalls, und zwar zugunsten der Kapitalbesitzenden. Ihr Anteil an den gesamten Einkommen verdoppelte sich in den letzten fünfzig Jahren auf über 30 Prozent. Wenn regressive Trends bei der Steuer- und Sozialpolitik anhalten, dürfte die Ungleichheit auch bei den verfügbaren Haushaltseinkommen zunehmen. Wie bei den Löhnen, die hinter die Produktivität zurückfallen.

Die Nettogewinne der Unternehmen nahmen von 124 Milliarden Franken im Jahr 2016 auf 137 Milliarden im Jahr 2018 zu. Die Verteilung des Wohlstandes vollzog sich in den letzten Jahren von der Arbeit zum Kapital. Und die Umverteilung über Steuern ist im Vergleich mit anderen Ländern relativ gering.¹⁸ Darauf weist auch Ganga Jey Aratnam hin, der die »Umverteilung durch Steuerpolitik« eingehend diskutiert.¹⁹

Der Wechsel von der Verbrauchs- zur Einkommens- und Vermögenssteuer brachte im modernen Staat gewiss mehr Gerechtigkeit. Basel-Stadt spurte sogar schon 1840 revolutionär vor und besteuerte die Einkommen progressiv. Und die neue Bundesverfassung (1999) verankerte gar den Grundsatz, die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vorzunehmen. Der verschärfte Steuerwettbewerb flacht indes die Progression wieder ab. So unterscheiden sich auch die Vermögensvergleiche vor und nach Abzug der Steuern relativ geringfügig. Zudem wissen Begüterte, geschickt beraten, wie sie komplexe steuerliche Bedingungen (über Schulden u. a.) nutzen können. Sie profitieren, wie Unternehmen, auch von politischen Reformen.

Kapitaleinkommen waren schon weniger privilegiert als heute. Heute bezahlen Unternehmen (ohne Holdings) etwa halb so viel Steuern auf ihre Gewinne wie vor 40 Jahren. Mehrere Kantone senkten den Grenzsteuersatz für die höchsten Einkommen und generell den Steuerfuss. Sie begünstigen damit die Topverdienenden, die ebenfalls von der Teilbesteuerung der Dividenden durch die Unternehmenssteuerreform II (2007) profitierten. So setzen sich die Kapital- und Shareholder-freundlichen Reformen der Unternehmenssteuern fort, die der Bund schon vorher einleitete. Die Unternehmenssteuerreform I (1997/98) wandelte den mehr oder weniger progressiven Tarif der Gewinnsteuer in einen proportionalen (8,5%) um, schaffte die Kapitalsteuer auf Bundesebene ab und gewährte Steuererleichterungen für Holding-, Domicil- sowie gemischte Gesellschaften. Und die jüngste Reform (STAF 2020) vermochte nach der abgelehnten Unternehmenssteuerreform III (2017) die eingeführte Steuerprivilegierung der Dividenden nur partiell zu mässigen.

Weitere Wohlhabende kamen übrigens 2020 wegen der Corona-Gefahr in die Schweiz.²⁰ Sie wollen ihr Geld sicher aufbewahren lassen. In der ersten Hälfte des Jahres 2020 landeten zusätzliche 80 Milliarden Franken in den Tresoren. Höhere Kapitalzuflüsse als 2019 wiesen die Kantonalbank Zürich (444%), Raiffeisen (73%), Lombard Odier (50%), Vontobel (40%) und

andere Banken aus. Der Direktor des Genfer Finanzplatzes sieht die Diskretion der Schweizer Bankiers als grossen Vorteil. Das Bankgeheimnis für Steuerzwecke existiere zwar nicht mehr, aber die Geheimhaltung schon, die für das Vertrauen der internationalen Kundschaft so bedeutend sei. Die Corona-Krise drängt die einen dazu, alles baldmöglichst hochzuführen und die Normalität wiederherzustellen. Andere fragen, wie normal diese Normalität ist, die sich an der Vermehrung des Reichtums orientiert.

Der Reichtum war schon in der alten Eidgenossenschaft sehr einseitig verteilt. Er mag die Armut im Vergleich mit heute extremer konfrontiert haben. Aber das frühere Ausmass lässt sich weder konkret bemessen noch wirklich vergleichen. Wichtiger ist ohnehin, wie und weshalb sich soziale Ungleichheiten heute reproduzieren. Aus meiner Sicht ist der skizzierte Paradigmenwechsel ein wesentlicher Grund. Die finanzgetriebene Politik verschärft und legitimiert soziale Gegensätze. Sie beeinträchtigt existenzielle Sicherheiten und das gesellschaftliche Miteinander.

Richard G. Wilkinson und Kate Pickett (2009) analysieren, wie die Verteilung des Reichtums soziale Lagen prägt. Hohe Vermögen vermitteln mehr Macht, niedrige Einkommen beeinträchtigen die Gesundheit. Soziale Diskrepanzen destabilisieren Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Befunde stammen aus dem Vergleich von 25 industrialisierten Ländern. Fazit: Je grösser die Kluft zwischen den obersten und untersten zwanzig Prozent ist, desto gravierender sind die sozialen Probleme. Sozial ausgeglichene Gesellschaften sind hingegen vielfältiger, demokratischer und ökologischer.

Im Rahmen unserer Studie über ›Geld und Macht in der Schweiz‹²¹ kritisierten mehrere Reiche die soziale Kluft. Wenn das so weiter gehe, könnte der Arbeitsfrieden aufbrechen, befürchteten sie. Und plädierten dafür, wieder mehr für den sozialen Zusammenhalt zu tun. Das ist erfreulich. Der soziale Ausgleich ist allerdings eine gesellschaftliche Aufgabe. Er darf nicht vom Goodwill einzelner Mächtiger abhängen.

Eine solidarische Gesellschaft basiert auf sozialer Gerechtig-

keit. Sie realisiert die soziale Teilhabe in allen Bereichen. Eine Gesellschaft treibt auseinander, wenn sie partikulare Eigeninteressen anstelle des Gemeinwohls protegirt. Eine solidarische Gesellschaft gewährt allen Mitgliedern eine gesicherte Existenz und baut soziale Ungleichheiten entschieden ab. Sie weitet demokratische Prozesse in der Wirtschaft, Politik, (Zivil-)Gesellschaft und in allen Lebenswelten aus. Die JUSO-Initiative ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Sie unterstützt emanzipatorische Perspektiven.

Endnoten

- 1 Lüscher Stefan, Fast immun gegen Covid, in: Bilanz 2020, S. 93
- 2 Schütz Dirk, Stresstest Corona: Die Reichen sind gefordert, in: Bilanz 2020, S. 13
- 3 Bundesamt für Statistik (BFS), Vermögen, Neuenburg 2020.
- 4 Lampart Daniel, Schüpbach Kristina, Verteilungsbericht 2020, SGB, Bern, 2020
- 5 Baumann Hans, Fluder Robert, Verteilungsbericht 2020, Ungleichheit nimmt auch in der Schweiz zu, in: Roland Herzog et al., Europa zwischen Reform und Zerfall, Jahrbuch 2020, Denknetz, Zürich, 2020, S. 243
- 6 Janus Henderson Investors, Global Dividend Index, Ausgabe 28, Horizon Fund, London/Frankfurt a.M., Nov. 2020.
- 7 Kislig Bernhard, Trotz Corona gibt es weiterhin attraktive Dividenden, Basler Zeitung, 30.11.2020, S. 11
- 8 Jey Aratnam Ganga, Reichtum hat eine Geschichte, Reichtum heute, Umverteilung durch Steuerpolitik, in: Ueli Mäder, Ganga Jey Aratnam, Sarah Schilliger 2010, 15–65, 359–386.
- 9 Tanner Albert, Arbeitsame Patrioten – wohlstandige Damen. Bürger- und Bürgerlichkeit in der Schweiz 1830–1914, Orell Füssli, Zürich 1995, S. 129
- 10 Piketty Thomas, Das Kapital im 21. Jahrhundert, C. H. Beck, München 2020, (3. Aufl., 1. 2014)
- 11 Landolt Oliver, Vermögenssteuer, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), 19.03.2015 (<https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/026201/2015-03-19/>), kons. 11.12.2020
- 12 Keller Christian, Visionen, Volkshetze, Betrügereien. Der Weg zum modernen Steuerstaat am Beispiel der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (1833–1928), Chronos, Zürich 2017
- 13 Brühlhart Marius, Erbschaften in der Schweiz: Entwicklung seit 1911 und Bedeutung für die Steuern, Social Change in Switzerland, N°20. DOI: 10.22019/SC-2019-00008, 2019
- 14 Brühlhart Marius, Erbschaften in der Schweiz: Entwicklung seit 1911 und

- Bedeutung für die Steuern, Social Change in Switzerland, N°20. DOI: 10.22019/SC-2019-00008, 2019
- 15 Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2020, EDI, Bern 2020, 6
 - 16 Breeding R. James, Schwarz Gerhard, Wirtschaftswunder Schweiz. Ursprung und Zukunft eines Erfolgsmodells, Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2016 (3. Aufl., 2011)
 - 17 Suter Christian, Einkommensverteilung, in: Jean Michel Bonvin et al., Wörterbuch der Schweizer Sozialpolitik, Seismo, Zürich/Genf 2020, S. 135–137
 - 18 Baumann Hans, Fluder Robert, Verteilungsbericht 2020, Ungleichheit nimmt auch in der Schweiz zu, in: Roland Herzog et al., Europa zwischen Reform und Zerfall, Jahrbuch 2020, Denknetz, Zürich 2020, S. 240
 - 19 Jey Aratnam Ganga, Reichtum hat eine Geschichte, Reichtum heute, Umverteilung durch Steuerpolitik, in: Ueli Mäder, Ganga Jey Aratnam, Sarah Schilliger 2010, S. 359–386
 - 20 Tscherrig Tobias, Corona-Pandemie: Milliarden-Zufluss für Schweizer Finanzplatz, InfoSperber, 7.10.2020.
 - 21 Mäder Ueli, macht.ch – Geld und Macht in der Schweiz, Mit Fallstudien von Peter Streckeisen, Markus Bossert, Ganga Jey Aratnam und Gian Trepp, Rotpunktverlag, Zürich 2015.

Quellen

- Baumann Hans, Fluder Robert, Verteilungsbericht 2020, Ungleichheit nimmt auch in der Schweiz zu, in: Roland Herzog et al., Europa zwischen Reform und Zerfall, Jahrbuch 2020, Denknetz, Zürich 2020, 231–246.
- Bilanz, Die 300 Reichsten, Das Schweizer Wirtschaftsmagazin, Nr. 12, Zürich, Dezember 2020.
- Breeding R. James, Schwarz Gerhard, Wirtschaftswunder Schweiz. Ursprung und Zukunft eines Erfolgsmodells, Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2016 (3. Aufl., 1. 2011).
- Brühlhart Marius, Erbschaften in der Schweiz: Entwicklung seit 1911 und Bedeutung für die Steuern, Social Change in Switzerland, N°20. DOI: 10.22019/SC-2019-00008, 2019.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2020, EDI, Bern 2020.
- Bundesamt für Statistik (Bfs), Vermögen, Neuenburg 2020.
- Janus Henderson Investors, Global Dividend Index, Ausgabe 28, Horizon Fund, London/Frankfurt a. M., Nov. 2020.
- Jey Aratnam Ganga, Reichtum hat eine Geschichte, Reichtum heute, Umverteilung durch Steuerpolitik, in: Ueli Mäder, Ganga Jey Aratnam, Sarah Schilliger 2010, 15-65, 359–386.
- Keller Christian, Visionen, Volkshetze, Betrügereien. Der Weg zum modernen Steuerstaat am Beispiel der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft (1833–1928), Chronos, Zürich 2017.

- Kislig Bernhard, Trotz Corona gibt es weiterhin attraktive Dividenden, Basler Zeitung, 30.11.2020, 11).
- Lampart Daniel, Schüpbach Kristina, Verteilungsbericht 2020, SGB, Bern 2020.
- Landolt Oliver, Vermögenssteuer, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), 19.03.2015 (<https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/026201/2015-03-19/>), kons. 11.12.2020.
- Lüscher Stefan, Fast immun gegen Covid, in: Bilanz 2020, 92–96.
- Mäder Ueli, Jey Aratnam Ganga, Schilliger Sarah, Wie Reiche denken und lenken, Rotpunktverlag, Zürich 2010.
- Mäder Ueli, macht.ch – Geld und Macht in der Schweiz, Mit Fallstudien von Peter Streckeisen, Markus Bossert, Ganga Jey Aratnam und Gian Trepp, Rotpunktverlag, Zürich 2015.
- Piketty Thomas, Das Kapital im 21. Jahrhundert, C. H. Beck, München 2020, (3. Aufl., 1. 2014).
- Schaltegger Christoph, Die soziale Frage, Schweizer Monat, Sonderpubl. 17, Zürich 2014.
- Schütz Dirk, Stresstest Corona: Die Reichen sind gefordert, in: Bilanz 2020, 13.
- Suter Christian, Einkommensverteilung, in: Jean Michel Bonvin et al., Wörterbuch der Schweizer Sozialpolitik, Seismo, Zürich/Genf 2020, 135–137.
- Tanner Albert, Arbeitsame Patrioten – wohlstandige Damen. Bürgertum und Bürgerlichkeit in der Schweiz 1830–1914, Orell Füssli, Zürich 1995.
- Tscherrig Tobias, Corona-Pandemie: Milliarden-Zufluss für Schweizer Finanzplatz, InfoSperber, 7.10.2020.
- Wilkinson Richard G., Pickett Kate, Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Hoffmann & Tolkemitt, Berlin 2009.